Landkreis Uckermark
Kreistag Uckermark

Prenzlau, den 01.08.2023
Tel. 03924 70 1009

Niederschrift der 27. Sitzung des Kreistages (6. Wahlperiode) am 14.06.2023 – öffentlicher Teil

Datum: 14.06.2023
Zeit: 14:00 Uhr –17:57 Uhr
Ort: Kreisverwaltung Uckermark in Prenzlau, Karl-Marx-Straße 1, Plenarsaal

Anwesende Kreistagsmitglieder:

Landrätin

Frau Karina Dörk	Landrätin	

CDU-Fraktion

Herr Wolfgang Banditt	CDU	Vorsitzender
Herr Dr. Hans-Otto Gerlach	CDU	
Herr Horst Herrmann	CDU	
Herr Walter Kotzian	CDU	
Herr Volkhard Maaß	CDU	
Herr Josef Menke	CDU	
Herr Andreas Meyer	CDU	
Herr Thomas Neumann	CDU	
Herr Siegfried Schön	CDU	
Herr Tobias Schween	CDU	

SPD-Fraktion

Herr Burkhard Fleischmann	SPD	
Herr Christian Hartphiel	SPD	
Frau Susan Jahr	SPD	
Frau Hanka Mittelstädt	SPD	bis 17.47 Uhr
Herr Dr. Wolfgang Seyfried	SPD	
Herr Jens Wittstock	SPD	

AfD-Fraktion

Herr Christian Bork	AfD	bis 17.43 Uhr
Herr Frank Düpre	AfD	
Herr Hannes Gnauck	AfD	ab 17.10 Uhr per Video bis 17.42 Uhr
Herr Monty Gutzmann	AfD	
Herr Torsten Hagenow	AfD	
Herr Mirko Koschel	AfD	
Herr Jens Kuschke	AfD	
Herr Dietmar Meier	AfD	bis 17.44 Uhr

Fraktion DIE LINKE

Herr Andreas Büttner	DIE LINKE	
Frau Heike Heise-Heiland	DIE LINKE	
Herr Axel Krumrey	DIE LINKE	
Frau Anne-Frieda Reinke	DIE LINKE	
Frau Evelin Wenzel	DIE LINKE	

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Birgit Bader	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Elisabeth Becker	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Florian Profitlich	Bündnis 90/Die Grünen	bis 17.55 Uhr
Herr Robert Schindler	Bündnis 90/Die Grünen	bis 16.53 Uhr

Fraktion Bauern-Ländlicher Raum

Herr Knut Büttner-Janner	BLR	
Herr Jörg Kath	BLR	
Herr Achim Rensch	BLR	

Fraktion BVB/FREIE WÄHLER

Herr Rainer Ebeling	BVB/FREIE WÄHLER	
Herr Harald Engler	BVB/FREIE WÄHLER	

FDP-Fraktion

Herr Dr. Alexander Genschow	FDP	bis 15.43 Uhr
Herr Gerd Regler	FDP	ab 14.13 Uhr

NPD

Herr David Weide	NPD

Verwaltung

Herr Frank Bretsch	1. Beigeordneter
Herr Henryk Wichmann	2. Beigeordneter
Herr Karsten Stornowski	3. Beigeordneter
Herr Ralf Meier	Amtsleiter Rechnungsprüfungsamt
Herr Dr. Hilmar Sander	Amtsleiter Rechtsamt
Herr Michael Barz	Amtsleiter Personalamt
Frau Anke Dürre	Amtsleiterin Amt für Finanzen
Herr Frank Czeslick	Amtsleiter Amt für Kreisentwicklung und Beteiligungsmanagement
Herr Heiko Stäck	Amtsleiter Bildungsamt
Frau Petra Schwanke	Amtsleiterin Amt für Bau und Liegenschaften
Herr Michael Steffen	Amtsleiter Jobcenter

Herr Rene Harder	Amtsleiter Bauordnungsamt
Herr André Reichow	Amtsleiter Amt für Technische Dienste und Digitalisierung
Herr Jörg Schubert	Amtsleiter Landwirtschafts- und Umweltamt
Herr Jörg Brämer	Büroleiter Landrätin
Herr Paul-Ivo Drenske	Büro des Kreistages
Frau Ramona Fischer	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Herr Oliver Schwers	Beauftragter für Menschen mit Behinderung
Herr Robert Richter	Kreiswahlleiter
Frau Anna Gazdecka	EU-Referentin
Herr Heiko Kragl	Vorsitzender Personalrat
Herr Jan Sturmat	Personalrat
Herr Tony Zillmer	Kreisbrandmeister

Schriftführerin

Frau Kristin Wohlleben	Büro des Kreistages

Abwesende Kreistagsmitglieder:

CDU-Fraktion

Herr Jens Koeppen	CDU	entschuldigt

SPD-Fraktion

Frau Kerstin Bischoff	SPD	entschuldigt
Herr Mike Bischoff	SPD	entschuldigt
Herr Olaf Theiß	SPD	entschuldigt
Herr Stefan Zierke	SPD	entschuldigt

Fraktion DIE LINKE

Herr Hannes Hanf	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Günter Tattenberg	DIE LINKE	entschuldigt

Fraktion BVB/FREIE WÄHLER

Frau Christine Wernicke	BVB/FREIE WÄHLER	entschuldigt

FDP-Fraktion

Herr Jürgen Drägert	FDP	entschuldigt

zu TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende begrüßt die Abgeordneten des Kreistages Uckermark, die Landrätin, die Beigeordneten, die anwesenden Amtsleiterinnen und Amtsleiter und die weiteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung, die Einwohnerinnen und Einwohner des Landkreises, die Vertreter von Presse, Funk und Fernsehen sowie alle Gäste zur 27. Sitzung des Kreistages der 6. Wahlperiode.

Der Vorsitzende stellt fest, dass zurzeit 40 Abgeordnete des Kreistages anwesend sind und der Kreistag damit beschlussfähig ist.

zu TOP 2: Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)

Der Vorsitzende stellt fest, dass die Tagesordnung allen Abgeordneten form- und fristgerecht zugegangen ist.

zu TOP 2.1: Anträge zur Tagesordnung

Der Vorsitzende teilt mit, dass ein Antrag zur Tagesordnung vorliegt.

zu TOP 2.1.1: Persönliche Erklärung des Kreistagsmitglieds Herrn Christian Hartphiel (siehe neu TOP 7)

Der Vorsitzende informiert, dass Herr Christian Hartphiel die Abgabe einer persönlichen Erklärung beantragt hat. Er schlägt vor, die Abgabe der persönlichen Erklärung als neuen Tagesordnungspunkt 7 in die Tagesordnung einzusortieren.

Der Kreistag stimmt der so geänderten Tagesordnung zu.

Abstimmungsergebnis: *Ja: einstimmig*

Die Sitzung hat damit folgende Tagesordnung im öffentlichen Teil:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit

2. Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)

   2.1 Anträge zur Tagesordnung

3. Bestätigung der Niederschrift der 25. Sitzung des Kreistages am 08.03.2023 – öffentlicher Teil

4. Informationen

5. Einwohnerfragestunde

6. Aktuelle Stunde

   6.1 Bericht der Landrätin

   6.2 Aussprache zum Bericht

7. Persönliche Erklärung des Kreistagsmitglieds Herrn Christian Hartphiel

8. Anfragen aus dem Kreistag

8.1 – Schadwirkung nach Sprengung einer Windkraftanlage –
AF/039/2023
Ebeling, Rainer

8.2 Arbeit der Verkehrsunfallkommission im Landkreis Uckermark
AF/047/2023
AfD-Fraktion

8.3 Kosten für Flüchtlingsheim in Schwedt und die Möglichkeiten eines Aufnahmestopps
AF/048/2023
AfD-Fraktion

8.4 Kinder und Jugendliche in Gemeinschaftseinrichtungen für Geflüchtete
AF/074/2023
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

8.5 Kriminalitätsstatistik der Uckermark
AF/075/2023
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

8.6 Akute Raumnot an der einzigen uckermärkischen Gesamtschule
AF/090/2023
Bischoff, Mike

9. Anträge an den Kreistag

9.1 Prüfauftrag Errichtung einer kreiseigenen Wohnungsgesellschaft
AN/060/2023
Fraktion DIE LINKE

9.2 Erhalt der Sparkassen-Präsenz in der Fläche des Landkreises
AN/087/2023/1
Fraktion DIE LINKE

9.3 Neubesetzung eines Mitgliedes im Beirat der ICU
AN/091/2023
SPD-Fraktion

10. Bericht der Integrationsbeauftragten des Landkreises Uckermark für die Jahre 2020, 2021 und 2022
BR/081/2023

11. Bericht des Behindertenbeauftragten des Landkreises Uckermark 2023
BR/088/2023

12. Bericht des Kreisbrandmeisters 2022
BR/066/2023

13. Beschluss des Nahverkehrsplans des Landkreises Uckermark für den Zeitraum von 2023 - 2027
BV/050/2023

14. Landkreisweites kostenfreies Schülerticket zur Nutzung des ÖPNV für alle Schülerinnen und Schüler des Landkreises Uckermark
BV/051/2023

15. Dritte Satzung zur Änderung der Satzung für die Schülerbeförderung im Landkreis Uckermark (Dritte Änderungssatzung der Schülerbeförderungssatzung - SchbefS)
BV/073/2023

16. Potentialuntersuchung / Machbarkeitsstudie zur Reaktivierung der RB 63
BV/086/2023

17. Beteiligungsbericht des Landkreises Uckermark zum Stichtag 31.12.2021
BR/053/2023

18. Umsetzung des Projektes Resilienz "Landschaftswasserhaushalt in Uckermark und Barnim" beginnend ab dem dritten Quartal 2023 bis zum 03.09.2025.
BV/082/2023

19. Befristete Weiterführung der Förderung von Angeboten der Sozialarbeit an Schulen als Nachfolge des Aktionsprogramms „Aufholen nach Corona“ nach der Landesförderrichtlinie zur Verstetigung der Schulsozialarbeit im Land Brandenburg
BV/078/2023/1

20. Änderung Stellenplan 2023
BV/062/2023/1

21. Außer- und überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im I. Quartal 2023
BR/064/2023

22. Projekt "Ferien-Lern-Camp“ im Rahmen des Angebotes Sozialarbeit an Schulen
BV/076/2023

23. Verkauf des Grundstücks/Erbbaurechtes Prenzlau, Uckerpromenade 41 Flur 42 Flurstück 100 (2.260 m²) – ehemals bebaut mit dem sogenannten Orchestergebäude „Kleine Melodie“ an die Stadt Prenzlau.
BV/085/2023

24. Errichtung und Betreibung einer Gemeinschaftsunterkunft in Angermünde zur Unterbringung von Asylsuchenden und Flüchtlingen
BV/089/2023/2

25. Prüfungsvermerk zur überörtlichen Prüfung / Nachprüfung der Landkreise als örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe im Land Brandenburg im Jahr 2022
BR/042/2023/1

26. Außerplanmäßige Auszahlung für den Aufbau einer georedundanten IT-Infrastruktur in Verbindung mit der Schaffung eines georedundanten Rechenzentrums für die Erhöhung der Resilienz und Verfügbarkeit der kommunalen IT in der Uckermark vor dem Hintergrund zunehmender Cyberangriffe und sich stetig erhöhender Datenvolumina in den Fachanwendungen in Verbindung mit der Umsetzung des OZG als neue, investive Maßnahme im IT-Bereich.
BV/077/2023

zu TOP 3: Bestätigung der Niederschrift der 25. Sitzung des Kreistages am 08.03.2023 – öffentlicher Teil

Der Vorsitzende teilt mit, dass innerhalb der vorgegebenen Frist keine Einwendungen gegen die Niederschrift der 25. Sitzung des Kreistages (6. Wahlperiode) am 08.03.2023 – öffentlicher Teil – eingegangen sind und die Niederschrift damit als bestätigt gilt.

zu TOP 4: Informationen

Der Vorsitzende teilt mit, dass keine Informationen vorliegen.

zu TOP 5: Einwohnerfragestunde

Frau Köppen spricht sich, im Namen der Gemeindevertreter und Einwohner der Gemeinde Boitzenburger Land, für den Erhalt der Sparkassen im ländlichen Raum aus. Die Schließung der Sparkassenfiliale hätte schwerwiegende Folgen für die Daseinsvorsorge in der Gemeinde Boitzenburger Land. Es würde u. a. die Möglichkeit von Bargeldtransaktionen wegfallen und es gäbe auch erhebliche wirtschaftliche Folgen. Des Weiteren kritisiert sie die mangelnde Kommunikation seitens der Sparkasse gegenüber den betroffenen Gemeinden.

Herr Teichner fragt, wann mit der Kostenschätzung, für das geplanten Bürgerbegehren in Prenzlau, zu rechnen sei.

Die Landrätin informiert, dass die entsprechenden Unterlagen in dieser Woche verschickt werden.

Herr Bastert führt aus, dass es durch die hohe Anzahl von Flüchtlingen viele gesellschaftliche Bereiche an ihre Grenzen kommen. Er fragt, wie lange der Landkreis Uckermark den bundespolitischen Kurs weiter mittragen kann.

Die Landrätin verweist darauf, dass sie einen Amtseid geleistet hat, sich an das geltende Recht und Gesetz zu halten. Somit sind die Bundes- und Landesgesetzgebung bindend. Auch die Kreistagsabgeordneten haben ein solchen Eid geleistet.

Frau Ludwig appelliert an die Kreistagsabgeordneten, dem Antrag der Fraktion DIE LINKE, welcher unter TOP 9.2 der Tagesordnung beraten wird, zuzustimmen.

zu TOP 6: Aktuelle Stunde

zu TOP 6.1: Bericht der Landrätin

Der Bericht der Landrätin ist der Niederschrift als **Anlage 1** beigefügt.

zu TOP 6.2: Aussprache zum Bericht

Herr Engler begrüßt das landkreisweite kostenlose Schülerticket. Er teilt mit, dass die Fraktion BVB/Freie Wähler, dieser Beschlussvorlage zustimmen wird.

zu TOP 7: Persönliche Erklärung des Kreistagsmitglieds Herrn Christian Hartphiel

Herr Hartphiel hält seine persönliche Erklärung mit folgenden Wortlaut:

„Als neuer Fraktionsvorsitzender der SPD-Fraktion und Mitglied des Kreistages möchte ich eine persönliche Erklärung abgeben. Ich verbinde hiermit auch eine Forderung an alle Fraktionen, dass trotz unterschiedlicher politischer Ansichten und bevorstehender Wahlkämpfe weiterhin auf einen respektvollen und anständigen Umgang in den kommunalpolitischen Entscheidungsgremien geachtet werden sollte.
Persönliche Angriffe und öffentliche Stimmungsmache gegen einzelne Kreistagsmitglieder, weil sie für oder gegen einen Beschlussvorschlag gestimmt haben oder aus gesundheitlichen und beruflichen Gründen nicht an Sitzungsterminen teilnehmen konnten, sind völlig inakzeptabel.

Es kann nicht sein, dass abwesende Kreistagsmitglieder, die Operationstermine hatten oder seit längerem sehr schwer erkrankt sind oder zum Beispiel pflichtbewusst ihren Schichtdienst in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen ausüben und deshalb nicht an einem Sondersitzungstermin teilnehmen können, dass diese Kollegen für ihre Abwesenheit aus unseren Reihen Schelte bekommen und auch über die öffentlichen Medienkanäle angegriffen und an den Pranger gestellt werden. Das ist unanständig und unfair.

Gleiches gilt für die Kreistagsmitglieder, die in Doppelfunkton in anderen Gremien sitzen, um die Interessen der Uckermark zu vertreten – als Beispiel möchte ich Herrn Ebeling und mich nennen. Wir saßen am Tag der letzten Sonderkreistags-Sitzung zeitgleich als gewählte Regionalräte im langfristig vorbereiteten Planungsausschuss der Regionalgemeinschaft Uckermark-Barnim in Eberswalde, der nur durch unsere Anwesenheit knapp beschlussfähig war. Für diese Funktion wurden wir aus diesem Gremium hier gewählt und beauftragt.

Ich mahne also sehr klar und deutlich einen faireren Umgang und mehr Rücksicht an und Ich stelle mich schützend vor meine Fraktionskolleginnen und Kollegen.

Und eines sage ich ebenfalls sehr deutlich an die Adresse der AfD-Fraktion: Sie hatten bei der Sonderkreistagssitzung eine namentliche Abstimmung beantragt und anschließend das Abstimmungsverhalten der Kreistagsmitglieder veröffentlicht – das ist zulässig und bei einer öffentlichen Sitzung auch in den Niederschriften nachlesbar. Das Gleiche haben Sie für die heutige Abstimmung über die Gemeinschaftsunterkunft in Angermünde auch bereits öffentlich angekündigt.

Wenn jedoch in Verbindung mit der Veröffentlichung des Abstimmungsverhaltens der einzelnen Kreistagsmitglieder der Vorwurf formuliert wird, dass die Abgeordneten, die einer zweiten Asyl-Unterkunft in Prenzlau zustimmten, sich schuldig gemacht haben, dann ist diese Stimmungsmache gegen die Kreistagsmitglieder klar zu verurteilen.

Dieser Vorwurf ist völlig inakzeptabel und eine klare Grenzüberschreitung. Ich zitiere für alle Kollegen noch einmal: „Hier habt ihr es schwarz auf weiß. So haben eure „Volksvertreter“ heute im Kreistag abgestimmt. Jeder, der heute mit Ja oder Enthaltung gestimmt hat, macht sich schuldig.“ und dazu Kommentare wie „Die Leute, die mit Ja gestimmt haben, sind auch die, die neue Kriminalität nach Prenzlau bringen. Wenn meiner Familie oder meinen Freunden etwas passiert, weiß ich, wo ich anklopfen muss… Prenzlau wehrt sich…Ihr werdet sehen.“.

Auch den abwesenden Kreistagsmitgliedern wurden Vorwürfe gemacht. Dabei spielte leider auch der Uckermark Kurier eine fragliche Rolle. Wir wurden mehrfach von Bürgern angesprochen, seit wann abwesende Kreistags-Mitglieder namentlich in der Presse erwähnt werden, einzelne Abgeordnete sich dafür im Nachhinein noch rechtfertigen müssen und ob nun auch künftig immer nach den Sitzungen in dieser Weise die Namen der Abwesenden weiterhin veröffentlicht werden sollen.

Zusätzlich zu dem Ganzen wurden im Nachhinein noch hetzende Flugblätter mit dem Abstimmungsverhalten der einzelnen Kreistagsmitglieder veröffentlicht und in Flugblättern unwahre Aussagen verbreitet – im Namen der AfD-Fraktion.

Solche persönlichen Angriffe tragen massiv dazu bei, dass immer weniger Bürgerinnen und Bürger bereit sind, sich ehrenamtlich in kommunalpolitischen Gremien zu engagieren und gesellschaftliche Verantwortung für unsere Heimatregion zu übernehmen. Ich fordere eine Rückkehr zur sachlichen und lösungsorientierten Debatte und zur inhaltlichen Auseinandersetzung.
Danke.“

zu TOP 8: Anfragen aus dem Kreistag

zu TOP 8.1: – Schadwirkung nach Sprengung einer Windkraftanlage –
Vorlage: AF/039/2023
Ebeling, Rainer

Der Vorsitzende informiert, dass der Einreicher eine schriftliche Antwort vom 14.03.2023 erhalten hat und allen übrigen Kreistagsabgeordneten diese Antwort ebenfalls als Kopie oder elektronisch zur Kenntnis gegeben wurde.

Der Vorsitzende fragt Herrn Ebeling, ob die Antwort ausreichend ist, was von ihm bestätigt wird.

zu TOP 8.2: Arbeit der Verkehrsunfallkommission im Landkreis Uckermark
Vorlage: AF/047/2023
AfD-Fraktion

Der Vorsitzende informiert, dass die einreichende Fraktion eine schriftliche Antwort vom 24.04.2023 erhalten hat und allen übrigen Kreistagsabgeordneten diese Antwort ebenfalls als Kopie oder elektronisch zur Kenntnis gegeben wurde.

Der Vorsitzende fragt die AfD-Fraktion, ob die Antwort ausreichend ist, was von Herrn Bork bestätigt wird

zu TOP 8.3: Kosten für Flüchtlingsheim in Schwedt und die Möglichkeiten eines Aufnahmestopps
Vorlage: AF/048/2023
AfD-Fraktion

Der Vorsitzende informiert, dass die einreichende Fraktion eine schriftliche Antwort vom 11.04.2023 erhalten hat und allen übrigen Kreistagsabgeordneten diese Antwort ebenfalls als Kopie oder elektronisch zur Kenntnis gegeben wurde.

Der Vorsitzende fragt die AfD-Fraktion, ob die Antwort ausreichend ist, was von Herrn Bork bestätigt wird

zu TOP 8.4: Kinder und Jugendliche in Gemeinschaftseinrichtungen für Geflüchtete
Vorlage: AF/074/2023
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Der Vorsitzende informiert, dass die einreichende Fraktion eine schriftliche Antwort vom 24.04.2023 erhalten hat und allen übrigen Kreistagsabgeordneten diese Antwort ebenfalls als Kopie oder elektronisch zur Kenntnis gegeben wurde.

Der Vorsitzende fragt die Fraktion Bündnis90/Die Grünen, ob die Antwort ausreichend ist, was von Frau Bader bestätigt wird

zu TOP 8.5: Kriminalitätsstatistik der Uckermark
Vorlage: AF/075/2023
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Der Vorsitzende informiert, dass die einreichende Fraktion eine schriftliche Antwort vom 17.05.2023 erhalten hat und allen übrigen Kreistagsabgeordneten diese Antwort ebenfalls als Kopie oder elektronisch zur Kenntnis gegeben wurde.

Der Vorsitzende fragt die Fraktion Bündnis90/Die Grünen, ob die Antwort ausreichend ist. Frau Bader hält die Antwort für nicht ausreichend, möchte aber keine Zusatzfrage stellen.

zu TOP 8.6: Akute Raumnot an der einzigen uckermärkischen Gesamtschule
Vorlage: AF/090/2023
Bischoff, Mike

Der Vorsitzende informiert, dass der Einreicher eine schriftliche Antwort vom 09.06.2023 erhalten hat und allen übrigen Kreistagsabgeordneten diese Antwort ebenfalls als Kopie oder elektronisch zur Kenntnis gegeben wurde.

Der Vorsitzende stellt fest, dass Herr Bischoff nicht anwesend ist und somit die Beantwortung, gemäß § 14 Abs. 4 S. 7 GeschO, abgeschlossen ist.

zu TOP 9.1: Prüfauftrag Errichtung einer kreiseigenen Wohnungsgesellschaft
Vorlage: AN/060/2023
Fraktion DIE LINKE

Herr Krumrey führt aus, dass durch diesen Antrag eine Prüfung in Auftrag gegeben werden soll. So soll in Erfahrung gebracht werden, ob eine rechtliche und wirtschaftliche Möglichkeit besteht eine kreiseigene Wohnungsgesellschaft einzurichten.

Herr Neumann weist auf inhaltliche Fehler des Antrags hin, weshalb er diesem nicht zustimmen kann.

Herr Hartphiel merkt an, dass es sich bei der Wohnungsbewirtschaftung um eine kommunale Selbstverwaltungsaufgabe der Städte und Gemeinden handelt. Der Landkreis würde durch die Übernahme der Immobilien, auch die Altlasten und die entstehenden Kosten für die Sanierungen an den Landkreis Uckermark übernehmen müssen und den Haushalt zusätzlich belasten. Daher wird die SPD-Fraktion diesem Antrag nicht zustimmen.

Herr Engler teilt mit, dass die Wohnungsbewirtschaftung in die Zuständigkeit der Städte und Gemeinden fällt. Die Fraktion BVB/Freie Wähler wird diesem Antrag ebenfalls nicht zustimmen.

Der Kreistag beauftragt die Landrätin, in Abstimmung mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden den Bedarf an einer kreiseigenen Wohnungsgesellschaft zu ermitteln. Die Landrätin wird ferner beauftragt, die rechtlich notwendigen Schritte zur Errichtung einer kreiseigenen Wohnungsgesellschaft zu prüfen. Die Arbeitsergebnisse werden dem Kreistag und seinen inhaltlich zuständigen Fachausschüssen im dritten Quartal 2023 vorgestellt.

Abstimmungsergebnis: Nein: mehrheitlich

zu TOP 9.2: Erhalt der Sparkassen-Präsenz in der Fläche des Landkreises
Vorlage: AN/087/2023/1
Fraktion DIE LINKE

Herr Krumrey beantragt, gemäß § 16 Abs. 10 GeschO Rederecht für Herrn Weßels und Herrn Glatz von der Sparkasse Uckermark sowie den Amtsdirektor des Amtes Gerswalde Herrn Rutter, den Bürgermeister der Gemeinde Boitzenburger Land Herrn Zimmermann und den Bürgermeister der Gemeinde Nordwestuckermark Herrn Klatt.

Der Kreistag stimmt dem Rederecht einstimmig zu.

Herr Krumrey führt aus, dass ein Wegfall der Sparkassen-Präsenz negative Auswirkung auf die Daseinsvorsorge im ländlichen Raum hätte. Durch Anregungen aus den beratenden Ausschüssen wurde der Antrag nochmal angepasst, sodass sich die Landrätin nun für den Erhalt der Bankautomaten im Verwaltungsrat der Sparkasse Uckermark einsetzen soll.

Herr Zimmermann teilt mit, dass der Wegfall der Sparkassenfilialen erhebliche Folgen für den Einzelhandel, den Tourismus und die Wirtschaft hat. Die angebotenen Alternativen, wie z. B. Cash-Back oder Bargeld-Lieferung, sind weder umsetzbar noch zukunftsorientiert. Er kritisiert die fehlende Kommunikation zwischen dem Verwaltungsrat der Sparkasse Uckermark und den betroffenen Gemeinden.

Herr Engler informiert, dass die Fraktion BVB/Freie Wähler diesem Antrag zustimmen wird.

Herr Rutter stimmt den Ausführungen von Herr Zimmermann zu. Er wünscht sich eine bessere Kommunikation zwischen der Sparkasse und den betroffenen Gemeinden. Dem Kreistagsvorsitzenden überreicht er Unterschriftenlisten gegen eine Schließung der Sparkassen-Filialen.

Frau Becker fragt, wie die Haushaltssituation der Sparkasse Uckermark aussieht, wenn die Filialen im ländlichen Raum bestehen bleiben.

Herr Weßels führt aus, dass durch das erhöhte Aufkommen von digitalen Finanzdienstleistungen die Aktivitäten an Bankautomaten stark rückläufig sind. Die Kosten für die Bargeldlogistik entstehen durch die hohen logistischen und sicherheitstechnischen Maßnahmen. Vor diesen Hintergründen, aber auch durch die finanziellen Defizite der Standorte, wurde die Entscheidung getroffen, die Filialen zu schließen. Er betont, dass es sich bei der Sparkasse Uckermark um ein Wirtschaftsunternehmen handelt, welches durch das Sparkassengesetz verpflichtet ist, einen angemessenen Gewinn zu erzielen. Für den Wegfall der Bargeldautomaten wird es Alternativen in Form von einem Bargeldservice und elektronischen Angeboten geben.

Herr Büttner teilt mit, dass der Wegfall der Sparkassen-Filialen und Bankautomaten aus gesellschaftspolitischen Aspekten nicht zu befürworten ist.

Der Kreistag beschließt, dass sich die Landrätin im Verwaltungsrat der Sparkasse Uckermark dafür einsetzt, dass die SB-Technik (Bankautomaten) in den Ortschaften Brüssow, Greiffenberg, Boitzenburg, Gerswalde und Fürstenwerder weiterhin zur Verfügung gestellt wird.

Abstimmungsergebnis: *Ja: mehrheitlich*

zu TOP 9.3: Neubesetzung eines Mitgliedes im Beirat der ICU
Vorlage: AN/091/2023
SPD-Fraktion

Der Kreistag stimmt darüber ab, dass die Wahl gemäß § 131 Absatz 1 in Verbindung mit § 41 Absatz 4 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg durch einen offenen Wahlbeschluss erfolgt.

Abstimmungsergebnis: *Ja: einstimmig*

Der Kreistag wählt Herrn Burkhard Fleischmann als Mitglied des Beirates in der ICU in der Nachfolge für Frau Hanka Mittelstädt.

Abstimmungsergebnis: *Ja: einstimmig*

(Herr Dr. Genschow verlässt die Sitzung um 15:43 Uhr)

– Pause von 15:44 Uhr bis 16:15 Uhr –

zu TOP 10: Bericht der Integrationsbeauftragten des Landkreises Uckermark für die Jahre 2020, 2021 und 2022
Vorlage: BR/081/2023

Der Kreistag nimmt den Bericht der Integrationsbeauftragten des Landkreises Uckermark für die Jahre 2020,2021 und 2022 zu Kenntnis.

zu TOP 11: Bericht des Behindertenbeauftragten des Landkreises Uckermark 2023
Vorlage: BR/088/2023

Herr Büttner kritisiert die mangelnde Barrierefreiheit in verschiedenen Einrichtungen und Regionen des Landkreises Uckermark sowie das fehlende Nachmittagsangebot zur Betreuung von beeinträchtigten SchülerInnen ab der 7. Klasse ~~bemängelt~~.

Der Kreistag nimmt den Bericht der Integrationsbeauftragten des Landkreises Uckermark für die Jahre 2020,2021 und 2022 zu Kenntnis.

zu TOP 12: Bericht des Kreisbrandmeisters 2022
Vorlage: BR/066/2023

Herr Hartphiel bedankt sich für den Bericht des Kreisbrandmeisters und die hervorragenden Einsätze der Feuerwehr.

Herr Meyer bedankt für die Einsätze der Feuerwehr. Er fragt nach einer Möglichkeit der Reduzierung von Einsätzen für welche die Feuerwehr nicht zuständig ist (u. a. Öl auf der Straße oder Türnotöffnungen).

Herr Bretsch sichert eine schriftliche Antwort zu.

Herr Engler bedankt sich im Namen der Fraktion BVB/Freie Wähler für den Bericht des Kreisbrandmeister und die Arbeit der Feuerwehr. Er fragt, ob die Feuerwehrleute des Landkreises Uckermark derzeit~~ig~~ auch in anderen Bundesländern eingesetzt werden und wie sich die aktuelle Situation der Waldbrandgefahr in der Uckermark entwickelt.

Herr Zillmer antwortet, dass es zurzeit keine überörtlichen Einsätze der Feuerwehr gibt. Weiterhin teilt er mit, dass es bereits mehrere Alarmierungen wegen Waldbrände gab, diese jedoch frühzeitig lokalisiert und gelöscht werden konnten.

Der Kreistag nimmt den Bericht des Kreisbrandmeister des Landkreises Uckermark für die Jahre 2020,2021 und 2022 zu Kenntnis.

zu TOP 13: Beschluss des Nahverkehrsplans des Landkreises Uckermark für den Zeitraum von 2023 – 2027
Vorlage: BV/050/2023

Frau Bader merkt an, dass der Nahverkehrsbeirat positiv für den Nahverkehrsplan abgestimmt hat. Die vollständige Stellungnahme des Nahverkehrsbeirates ist der Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt.

Der Kreistag beschließt den Nahverkehrsplan des Landkreises Uckermark mit einem Gültigkeitszeitraum von 2023 bis 2027 gemäß der Anlage.

Abstimmungsergebnis: *Ja: einstimmig*

zu TOP 14: Landkreisweites kostenfreies Schülerticket zur Nutzung des ÖPNV für alle Schülerinnen und Schüler des Landkreises Uckermark
Vorlage: BV/051/2023

Frau Bader, Herr Krumrey und Herr Büttner sprechen sich für die Beschlussfassung der Vorlage aus.

Der Kreistag beschließt die Einführung eines landkreisweiten zuzahlungsfreien Schülerticket zur Nutzung des ÖPNV zum 28.08.2023.

Abstimmungsergebnis: *Ja: einstimmig*

zu TOP 15: Dritte Satzung zur Änderung der Satzung für die Schülerbeförderung im Landkreis Uckermark (Dritte Änderungssatzung der Schülerbeförderungssatzung – SchbefS)
Vorlage: BV/073/2023

Der Kreistag beschließt die Dritte Satzung zur Änderung der Satzung für die Schülerbeförderung im Landkreis Uckermark (Dritte Änderungssatzung der Schülerbeförderungssatzung - SchbefS).

Abstimmungsergebnis: *Ja: einstimmig*

zu TOP 16: Potentialuntersuchung / Machbarkeitsstudie zur Reaktivierung der RB 63
Vorlage: BV/086/2023

Der Kreistag beschließt, eine Potentialuntersuchung / Machbarkeitsstudie zur Reaktivierung der RB 63, welche durch die Stadt Templin initiiert wird, finanziell mit maximal 10.000 € zu unterstützen.

Abstimmungsergebnis: *Ja: einstimmig*

zu TOP 17: Beteiligungsbericht des Landkreises Uckermark zum Stichtag 31.12.2021
Vorlage: BR/053/2023

Der Kreistag nimmt den Beteiligungsbericht des Landkreises Uckermark zum Stichtag 31.12.2021 zu Kenntnis.

zu TOP 18: Umsetzung des Projektes Resilienz "Landschaftswasserhaushalt in Uckermark und Barnim" beginnend ab dem dritten Quartal 2023 bis zum 03.09.2025.
Vorlage: BV/082/2023

Der Kreistag beschließt die Umsetzung des Projektes Resilienz im Rahmen der Förderung „Region gestalten“, befristet bis zum Projektende, dem 03.09.2025.

Abstimmungsergebnis: *Ja: einstimmig*

zu TOP 19: Befristete Weiterführung der Förderung von Angeboten der Sozialarbeit an Schulen als Nachfolge des Aktionsprogramms „Aufholen nach Corona“ nach der Landesförderrichtlinie zur Verstetigung der Schulsozialarbeit im Land Brandenburg
Vorlage: BV/078/2023/1

Der Kreistag beschließt die befristete Weiterführung der Förderung von vier Angeboten der „Sozialarbeit an Schulen“ in der Nachfolge des Aktionsprogramms „Aufholen nach Corona“ in Trägerschaft des Landkreises Uckermark mit einem Umfang von jeweils 30 Wochenstunden. Die Verwaltung wird beauftragt, die Fördermittel der neuen Landesförderrichtlinie zur Förderung der Schulsozialarbeit im Land Brandenburg mit einem Förderzeitraum vom 01.08.2023 bis 31.12.2024 zu beantragen.

Abstimmungsergebnis: *Ja: einstimmig*

zu TOP 20: Änderung Stellenplan 2023
Vorlage: BV/062/2023/1

Der Kreistag beschließt die Zuführung folgender Personalstellen:

1.
Zuführung von Stellen (3,0 VZE) SB Wohngeldstelle im Sozialamt sowie Zuordnung der Stellen zur Entgeltgruppe 9a Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.

2.
Zuführung von einer Stelle (1,0 VZE) Geomatiker im Kataster- und Vermessungsamt sowie Zuordnung der Stelle zur Entgeltgruppe 9a Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.

3.
Zuführung eines Stellenanteils (0,4 VZE) SB Systembetreuung im Amt für Technische Dienste und Digitalisierung sowie Zuordnung des Stellenanteils zur Entgeltgruppe 9a Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.

4.
Zuführung von Stellen (2,0 VZE) SB Grundsatzfragen/Fachaufsicht im Jugendamt sowie Zuordnung der Stellen zur Entgeltgruppe 10 Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.

5.
Zuführung von einer Stelle (1,0 VZE) SB Veterinärdienst im Gesundheits- und Veterinäramt sowie Zuordnung der Stelle zur Entgeltgruppe 6 Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.

6.
Zuführung von Stellen (3,0 VZE) Schulsozialarbeiter im Bildungsamt sowie Zuordnung der Stellen zur Entgeltgruppe S12 Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.

7.
Zuführung eines Stellenanteils (0,35897 VZE) im Grundbildungszentrum der Kreisvolkshochschule im Bildungsamt sowie Zuordnung des Stellenanteils zur Entgeltgruppe 9a bzw. Entgeltgruppe 5 Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.

8.
Zuführung von einer Stelle (1,0 VZE) Teamleiter Asyl im Sozialamt sowie Zuordnung der Stelle zur Entgeltgruppe 9c Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.

9.
Zuführung von Stellen (2,1347 VZE) SB Betreuungsbehörde im Gesundheits- und Veterinäramt sowie Zuordnung der Stellen zur Entgeltgruppe S12 Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.

10.
Zuführung von einer Stelle (1,0 VZE) Hauptsachbearbeiter Gewässerschutz im Landwirtschafts- und Umweltamt sowie Zuordnung der Stelle zur Entgeltgruppe 11 Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.

11.
Zuführung von einer Stelle (1,0 VZE) Sachgebietsleiter Personal- und Organisationsentwicklung im Personalamt sowie Zuordnung der Stelle zur Entgeltgruppe 11 Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.

12.
Zuführung von einer Stelle (1,0 VZE) SB Grundsatzfragen im Personalamt sowie Zuordnung der Stelle zur Entgeltgruppe 10 Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.

13.
Zuführung von einer Stelle (1,0 VZE) SB Widersprüche im Ordnungsamt sowie Zuordnung der Stelle zur Entgeltgruppe 9b Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.

14.
Zuführung von einer Stelle (3,0 VZE) Allgemeinen Sozialen Dienst im Jugendamt sowie Zuordnung der Stelle zur Entgeltgruppe S 14 Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.

15.
Zuführung von Stellen (2,0 VZE) SB Resilienz im Landwirtschafts- und Umweltamt sowie Zuordnung der Stellen zur Entgeltgruppe EG 9b Entgeltordnung-VKA zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.

Abstimmungsergebnis: *Ja: mehrheitlich*

zu TOP 21: Außer- und überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im I. Quartal 2023
Vorlage: BR/064/2023

Der Kreistag nimmt die aufgeführten außer- und überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen im I. Quartal 2023 zur Kenntnis.

zu TOP 22: Projekt "Ferien-Lern-Camp“ im Rahmen des Angebotes Sozialarbeit an Schulen
Vorlage: BV/076/2023

(Herr Schindler verlässt die Sitzung um 16:53 Uhr.)

Herr Meier fragt, ob es möglich wäre, eine Kosten-Nutzen-Schätzung zu den bisherigen Ergebnissen zu erhalten und ob es nachweisbare Leistungsverbesserungen in der Schule durch solche Projekte gibt.

(Herr Gnauck nimmt ab 17:10 Uhr an der Sitzung teil.)

Herr Bretsch führt aus, dass die Lerncamps dazu beitragen, die SchülerInnen, welche schulische Probleme haben, einen besseren Start in das neue Schuljahr zu ermöglichen. Die LehrerInnen können keine messbaren Ergebnisse der Leistungsverbesserungen vorlegen, da Sie keine Möglichkeit haben, diese wöchentlich abzurufen. Die ersten Erfolge könnten sich frühestens mit den Abschlussprüfungen zeigen.

Frau Heise-Heiland zeigt auf, dass dieses Projekt insbesondere SchülerInnen unterstützt, die durch Corona und soziale Umstände schulische Defizite aufzeigen.

Der Kreistag beschließt die Durchführung und Etablierung eines „Ferien-Lern-Camps“ als außerschulisches Bildungsangebot 2023 an Schulen mit „Sozialarbeit an Schulen“ in Trägerschaft des Landkreises Uckermark.

Abstimmungsergebnis: *Ja: mehrheitlich*

zu TOP 23: Verkauf des Grundstücks/Erbbaurechtes Prenzlau, Uckerpromenade 41 Flur 42 Flurstück 100 (2.260 m²) – ehemals bebaut mit dem sogenannten Orchestergebäude „Kleine Melodie“ an die Stadt Prenzlau.
Vorlage: BV/085/2023

Der Kreistag beschließt den Verkauf des Grundstücks Flur 42 Flurstück 100 von Prenzlau an die Stadt Prenzlau ohne vorherige Markterkundung. In Vorbereitung ist zuvor eine Feststellung des Grundstückswertes durch den Gutachterausschuss des Landkreiseises Uckermark zu beauftragen und als Grundlage zu verwenden. Die Verwaltung wird beauftragt, alles Erforderliche zur Vorbereitung des Rechtsgeschäftes zu veranlassen und den diesbezüglichen Grundstückskaufvertrag abzuschließen.

Abstimmungsergebnis: *Ja: einstimmig*

zu TOP 24: Errichtung und Betreibung einer Gemeinschaftsunterkunft in Angermünde zur Unterbringung von Asylsuchenden und Flüchtlingen
Vorlage: BV/089/2023/2

Die Landrätin weist darauf hin, dass ein gültiger Beschluss des Kreistages vom 14.09.2022 zur Beschlussvorlage BV/124/2022 vorliegt. Die hier vorliegende neue Beschlussvorlage BV/089/2023/2 ist die Voraussetzung zur Umsetzung des Wunsches des Angermünder Bildungswerkes (ABW) nicht selbst als Bauherr tätig zu werden. Anstelle des ABW ist nun geplant die Unterkunft über die UEG zu errichten. Hinzu kommt die Tatsache, dass die Stadt Angermünde in einem Schreiben darum gebeten hat, ein anderes geeignetes Grundstück für den Bau der Gemeinschaftsunterkunft in Betracht zu ziehen. Bei der Grundstücksfrage besteht jedoch noch weiterer Abstimmungsbedarf.

Herr Bork kritisiert die Asylpolitik auf Bundes- und Landesebene. Die AfD-Fraktion beantragt eine namentliche Abstimmung.

Herr Ebeling fragt, ob die Errichtung und Betreibung von Gemeinschaftsunterkünften temporär oder dauerhaft geplant ist.

Die Landrätin teilt mit, dass zum jetzigen Zeitpunkt nicht feststeht, ob es sich um eine temporäre oder langfristige Nutzung handelt. Es werden aber auch bewusst Nachnutzungskonzepte mitbedacht.

Herr Kuschke fragt, ob durch den Wechsel der Bauherren zusätzliche Kosten für den Landkreis Uckermark entstehen.

Die Landrätin führt aus, dass die Finanzierung größtenteils durch Landesmittel gedeckt ist. Dies wäre aber auch gegeben, wenn das ABW das Bauprojekt übernehmen würde.

Der Kreistag beschließt, der Landrätin als Vertreterin in der Gesellschafterversammlung gemäß § 97 Abs. 1 Satz 5 BbgKVerf, folgende Weisung zu erteilen:

1.
Als Vertreterin in der Gesellschafterversammlung der UDG mbH erteilt die Landrätin, durch Gesellschafterbeschluss, dem Geschäftsführer der UDG mbH Weisung, er möge, als Vertreter der Gesellschafterversammlung der UEG mbH, dem Geschäfts-

führer der UEG mbH durch Gesellschafterbeschluss Weisung erteilen, zum nächst möglichen Zeitpunkt, eine Gemeinschaftsunterkunft zur Unterbringung von Asylsuchenden und Flüchtlingen in der Berliner Straße 78, 16278 Angermünde oder in einer durch die Stadtverordnetenversammlung Angermünde beschlossenen und geeigneten alternativen Liegenschaft im Stadtgebiet 16278 Angermünde, Flur 11, für ca. 180 - 200 Asylsuchende zu planen und zu errichten.

2.
Zudem erteilt die Landrätin, als Vertreterin in der Gesellschafterversammlung der UDG mbH, durch Gesellschafterbeschluss dem Geschäftsführer der UDG mbH Weisung, er möge, als Vertreter der Gesellschafterversammlung der UEG mbH, dem Geschäftsführer der UEG mbH durch Gesellschafterbeschluss Weisung erteilen, er möge, als Vertreter der Gesellschafterversammlung der GUB mbH, dem Geschäftsführer der GUB mbH durch Gesellschafterbeschluss Weisung erteilen, eine Gemeinschaftsunterkunft zur Unterbringung von Asylsuchenden und Flüchtlingen in der Berliner Straße 78, 16278 Angermünde oder in einer durch die Stadtverordnetenversammlung Angermünde beschlossenen und geeigneten alternativen Liegenschaft im Stadtgebiet 16278 Angermünde, Flur 11, für ca. 180 - 200 Asylsuchende zu betreiben.

3.
Der Kreistag beauftragt die Landrätin, in den gesellschaftlichen Gremien der UEG mbH den Ankauf der Liegenschaft Berliner Straße 77/78, Gemarkung Angermünde, Flur 009, Flurstück 1, 2 und 3 oder einer durch die Stadtverordnetenversammlung Angermünde beschlossenen und geeigneten alternativen Liegenschaft im Stadtgebiet 16278 Angermünde, Flur 11, durch die UEG mbH zur Beschlussfassung vorzulegen.

4.
Der Kreistagsbeschluss BV/124/2022 vom 14.09.2022 wird aufgehoben.

Auf Antrag der AfD-Fraktion findet die Abstimmung namentlich statt.

Name, Vorname des Mitgliedes	**JA**	**NEIN**	**Enthaltung**
Birgit Bader	X		
Wolfgang Banditt	X		
Elisabeth Becker	X		
Mike Bischoff			
Kerstin Bischoff			
Christian Bork		X	
Andreas Büttner	X		
Knut Büttner-Janner	X		

Name, Vorname des Mitgliedes	JA	NEIN	Enthaltung
Karina Dörk	X		
Jürgen Drägert			
Frank Düpre		X	
Rainer Ebeling		X	
Harald Engler			X
Burkhard Fleischmann	X		
Dr. Alexander Genschow			
Dr. Hans-Otto Gerlach	X		
Hannes Gnauck		X	
Monty Gutzmann		X	
Torsten Hagenow		X	
Hannes Hanf			
Christian Hartphiel	X		
Heike Heise-Heiland	X		
Horst Herrmann	X		
Susan Jahr	X		
Jörg Kath	X		
Jens Koeppen			
Mirko Koschel		X	
Walter Kotzian			X
Axel Krumrey	X		
Jens Kuschke		X	
Volkhard Maaß	X		
Dietmar Meier		X	

Name, Vorname des Mitgliedes	JA	NEIN	Enthaltung
Josef Menke	X		
Andreas Meyer		X	
Hanka Mittelstädt	X		
Thomas Neumann	X		
Florian Profitlich	X		
Gerd Regler	X		
Anne-Frieda Reinke	X		
Achim Rensch	X		
Robert Schindler			
Siegfried Schön	X		
Tobias Schween	X		
Dr. Wolfgang Seyfried	X		
Günter Tattenberg			
Olaf Theiß			
David Weide		X	
Evelin Wenzel			X
Christine Wernicke			
Jens Wittstock	X		
Stefan Zierke			

26 Ja-Stimmen – 11 Nein-Stimmen – 3 Enthaltungen

<u>Abstimmungsergebnis:</u> Ja: mehrheitlich

(Herr Gnauck verlässt die Sitzung um 17:42 Uhr.)

(Herr Bork verlässt die Sitzung um 17:43 Uhr.)

(Herr Meier verlässt die Sitzung um 17:44 Uhr.)

zu TOP 25: Prüfungsvermerk zur überörtlichen Prüfung / Nachprüfung der Landkreise als örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe im Land Brandenburg im Jahr 2022
Vorlage: BR/042/2023/1

(Frau Mittelstädt verlässt die Sitzung um 17:47 Uhr.)

Der Kreistag nimmt den Prüfungsvermerk zur überörtlichen Prüfung / Nachprüfung der Landkreise als örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe im Land Brandenburg im Jahr 2022 zur Kenntnis.

zu TOP 26: Außerplanmäßige Auszahlung für den Aufbau einer georedundanten IT-Infrastruktur in Verbindung mit der Schaffung eines georedundanten Rechenzentrums für die Erhöhung der Resilienz und Verfügbarkeit der kommunalen IT in der Uckermark vor dem Hintergrund zunehmender Cyberangriffe und sich stetig erhöhender Datenvolumina in den Fachanwendungen in Verbindung mit der Umsetzung des OZG als neue, investive Maßnahme im IT-Bereich.
Vorlage: BV/077/2023

Herr Neumann fragt, ob die Möglichkeit besteht eine höhere Sicherheitsstufe als Stufe 2 in dem zu beschließenden Rechenzentrum erreichen zu können.

(Herr Profitlich verlässt die Sitzung um 17:55 Uhr)

Herr Reichow informiert, dass grundsätzlich nur die Sicherheitsstufe 2 zu erzielen ist.

1. *Der Kreistag beschließt, dass der Aufbau einer georedundanten IT-Infrastruktur zu realisieren ist.*
2. *Der Kreistag beschließt die Bereitstellung der außerplanmäßigen Auszahlung für den Aufbau einer georedundanten IT-Infrastruktur.*

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zur Kenntnis genommen:

gez. Wolfgang Banditt
Vorsitzender des Kreistages

gez. Karina Dörk
Landrätin

gez. Kristin Wohlleben
Schriftführerin